Nummer 522

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 25 Milliarden Mk. 69. Jahrgang Freitag, 9. November 1923

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil Dr. Paul Geltzeich, Berlin; Kunst Wissenschaft und Lokales: S. Köppen; Verlag und Druck Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,30 Goldmark (also heute 120 Milliarden Papiermark), Stellungsuchende 0,35 Goldmark (also heute 50 Milliarden Papiermark), Reklamezeile 4 Goldmark (also heute 600 Milliarden Papiermark). Bezugs-Preis: Monat (freibl.) 255 Milliarden ℳ. Die Zeitung erscheint in der Woche 12×. Bestellungen nehmen Zeitungsspeditäre, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Ausland-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 50 französische Francs, Belgien 50 belgische Francs, Schweiz 20 schweizerische Francs, Holland 10 holländische Gulden, Dänemark 20 dänische Kronen, Schweden 15 schwedische Kronen, Norwegen 20 norwegische Kronen, England 20 Schilling, Italien 100 Lire, Rumänien 600 rumänische Lei, Spanien 30 spanische Pesetas, Finnland 200 finnische Mark, Tschechoslowakei 125 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar, für den Monat November 1923 nach Oesterreich, Ungarn und Polen 450 Milliarden Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Ausrufung der nationalen Diktatur in München.

v. Knilling und Schweyer verhaftet. — Ludendorff Oberbefehlshaber, Hitler politischer Leiter.

TU München, 8. November.

Der heutige Abend hat in München den Staatsumsturz gebracht. In einer ungeheuer überfüllten und schon um sieben Uhr polizeilich gesperrten Versammlung im Saale des Bürgerbräukellers hielt der bisherige Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr die angekündigte große Rede. Ehe er sie aber noch zu Ende geführt hatte, wurde er plötzlich von dem im Saale anwesenden Führer der Nationalsozialisten, Hitler, unterbrochen. Ein Sturmtrupp drang in den Saal ein und gab eine Anzahl Schüsse gegen die Saaldecke ab. Es entstand eine ungeheure Unruhe. Hitler brach sich durch die Menge Bahn und erklärte, die Regierung Knilling sei hiermit gestürzt und die nationale Diktatur ausgerufen. Heute vor fünf Jahren sei die Revolution angegangen, mit dem heutigen Tage aber sei sie beendet. Das Kabinett Knilling sei abgesetzt. Die Minister Knilling und Schweyer, die in der Versammlung anwesend waren, wurden trotz ihres Protestes sofort verhaftet und vorläufig eingesperrt. Außerdem wurden verschiedene andere prominente Persönlichkeiten verhaftet. Hitler teilte mit, daß

die neue bayerische Regierung

bereits gebildet sei.

Landesverweser ist Dr. v. Kahr,
Ministerpräsident Pöhner.

Eine deutsche nationale Regierung werde in München gegründet. Es werde sofort eine deutsche nationale Armee errichtet. Die Leitung der deutschen Politik übernehme er, Hitler, selbst.

Exzellenz Ludendorff übernehme die Leitung der deutschen Armee,

General von Lossow werde Reichswehrminister,

Oberst von Seisser werde deutscher Reichspolizeiminister.

Hitler richtete an die Versammlung, in der zahlreiche Offiziere anwesend waren, die Anfrage, ob sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sei, was mit tosendem Beifall bejaht wurde. Hierauf wurden die als Mitglieder der neuen Regierung vorgeschlagenen Persönlichkeiten in den Saal geführt. Sowohl Kahr wie Ludendorff, wie Pöhner erklärten sich in kurzen Ansprachen zur Uebernahme ihrer Aemter bereit. Hierauf hielt noch Hitler ein Schlußwort, in dem er erklärte, der Tag, den er so sehnlichst seit fünf Jahren erwartet habe, sei heute gekommen. Er werde Deutschland wieder zu einem Reiche der Herrlichkeit machen.

Gegenwärtig in der ersten Abendstunde ist der große Saal des Bürgerbräukellers noch stark besetzt und durch Militär abgeschlossen. In der zehnten Abendstunde bewegte sich vom Löwenbräukeller aus ein gewaltiger Zug von Angehörigen der Kampfverbände mit Fahnen und Musik nach dem Bürgerbräukeller.

W. T. B. meldet dazu:

Von privater Seite erhält das Süddeutsche Korrespondenzbureau über die Vorgänge im Bürgerbräukeller folgenden Bericht: Nachdem der Generalstaatskommissar seine Rede beendet hatte, sei Hitler mit 600 Mann in den Saal eingedrungen und habe erklärt, daß die jetzige Regierung beseitigt sei. Eine neue Leitung sei bereits aufgestellt. General Ludendorf sei Landesbefehlshaber, Hitler politischer Berater, der frühere Münchener Polizeipräsident Poehner Landesverweser und General von Lossow Wehrminister. Zu Zwischenfällen sei es bis 10 Uhr abends nicht gekommen.

Zurzeit sammeln sich die Kampftruppen Oberland und Reichsflagge in verschiedenen Stadtteilen und besetzen die Plätze. Ueber die Haltung der Reichswehr und der Landespolizei liegen noch keine näheren Meldungen vor. Wie von privater Seite weiter mitgeteilt wird, soll Kahr im Bürgerbräukeller Verhandlungen pflegen.

Einer späteren Meldung zufolge ist das Telegraphenamt von der Landespolizei besetzt worden. Ferner seien in der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten" Offiziere der Hitlertruppen erschienen.

Die Kundgebung v. Kahrs.

Aus der Rede des bayerischen Generalstaatskommissars von Kahr entnehmen wir folgendes:

„In München ist zum ersten Male der Kampf gegen den Marxismus als ein wesentlicher Punkt des Programms deutscher Zukunft aufgestellt worden. Der Zweck des Kampfes gegen den Marxismus ist der, die breiten Massen für die nationale Staatsgemeinschaft wiederzugewinnen und die Ausstrahlung des Marxismus in die bürgerlichen Schichten zu verdichten. Nur so ist die Einheit der Nation zu errichten. Der Marxismus ist eine geistige Bewegung. Er hat sich mit dem Mittel der Massenführung vom kleinsten angefangen, zu einer scheinbar unerschütterlichen Herrschaft über Millionen von Deutschen emporgerungen. Trotz aller Fürsorge des Staates durch seine Sozialpolitik nahm die Gefolgschaft des Marxismus ständig zu. Dieser Vorgang ist auch ganz selbstverständlich. Der Marxismus steigert das Begehren der Menschen, indem er der allgemeinen menschlichen Trägheitsneigung schmeichelnd erklärt, daß ja der Mensch auch ohne eigene Leistung ihm Leistungssteigerung Anspruch auf alle materiellen Güter der Erde habe. Weil die Masse von diesem Gedanken beherrscht wird, empfinden sie jede Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht als eine dankenswerte Leistung, sondern als versäumte Pflicht und Schuldigkeit des Staates, der ihnen auch bei Höchstleistung nur eine Abschlagszahlung dessen bietet, was sie eigentlich zu beanspruchen hätten. Die erste und wichtigste Aufgabe, vor der das deutsche Volkstum heutzutage steht, ist zweifellos die Wiederherstellung seiner Freiheit. Gelingt es ihm nicht, diese wieder zu gewinnen, so scheidet es aus der Reihe der großen Nationen aus und wird langsam, aber sicher verschwinden. Für das Deutsche Reich und Deutschösterreich bedeutet das außenpolitische Prestige die Wiederherstellung der Souveränität und die Steigerung der staatlichen Macht. Ohne Erweckung des eigenen nationalen Wollens müßte man das bergewaltigte Deutschtum seinem furchtbaren Schicksal überlassen. Die Aufgabe der Wiederherstellung der deutschen Freiheit und Größe nach außen und innen für das Gesamtwohl und für den Einzelnen kann allein die Lebensidee der freien Nationalgemeinschaft freier deutscher Männer geben. Nur aus dieser seelischen Einstellung heraus aber kann auch die verdringlichste innerpolitische Aufgabe gelöst werden, die die Zeit ungesetzt hat, nämlich die Wirtschaftsfrage. Das wirtschaftliche Unglück des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Zeit beruht darin, daß die Masse der deutschen Bevölkerung weit über die sozialistische Parteizugehörigkeit hinaus die Gestaltung seines ökonomischen Schicksals nicht eigener Tatkraft verdanken will, sondern sie dem Staat aufbürdet.

Auf dieser psychologischen Tatsache beruht die Herrschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaften und besonders des Marxismus. Wir können aber auf dem Wege der Staatsfürsorge die wirtschaftliche Not der Zeit nicht überwinden. Das Problem, vor dem wir heute in Deutschland stehen, ist ein Problem der Führung. Es ist falsch, zu behaupten, die Massen seien nicht reif zu einem Staatsleben in eigener Freiheit. Wenn die Massen sich schlecht führen, so ist das ein Zeichen, daß die dem gesellschaftlichen Aufbau nach zur Führung berufenen Schichten versagen. Der Gedanke der Freiheit wird heute gern mit dem der Zügellosigkeit verwechselt. Die freie sittliche und nationale

Einspruch Frankreichs gegen eine nationale Diktatur in Deutschland.

Einmischung in die deutsche Innenpolitik.

eca Paris, 8. November.

Nach Information aus gut unterrichteten Kreisen bedeutet der heutige französische Ministerrat, der unter dem Vorsitz Millerands stattfand, einen Merkstein in der französischen Politik. Entgegen seinen ursprünglichen Absichten hat Poincaré sich auf Anregung des Präsidenten der französischen Republik dazu entschlossen, dem französischen Botschafter in Berlin den Auftrag zu geben, die deutsche Reichsregierung darüber zu unterrichten, daß die französische Regierung die Einsetzung einer Diktatur in Deutschland nicht zulassen werde.

Gleichzeitig beschloß der Ministerrat, die neuen Instruktionen Poincarés an den französischen Botschafter in Washington gutzuheißen, in denen Poincaré ein gewisses Entgegenkommen zu dem amerikanischen Standpunkt zeigt. Die beiden Beschlüsse des heutigen Ministerrates stünden unzweifelhaft in einer engeren Verbindung miteinander. Sie suchten einerseits die Teilnahme Frankreichs an den evtl. Bemühungen um eine Stabilisierung der inneren politischen Lage Deutschlands zu gewährleisten, andererseits die Teilnahme der französischen Regierung an den Bemühungen um die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft zu sichern.

*

Ergänzend dazu meldet T. U.:

Laut „Temps" hat die französische Regierung ihren Berliner Gesandten beauftragt, der Reichsregierung mitzuteilen, daß sie die Bildung einer diktatorischen Regierung in Deutschland nicht dulden werde. Der Schritt Poincarés richtet sich vor allem gegen eine reaktionäre und militaristische Diktatur.

Am Quai d'Orsay wird uns noch folgendes mitgeteilt: Frankreich liege es fern, sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen (!), es habe aber die Pflicht, sein Augenmerk auf die Möglichkeit eines Regierungswechsels in Deutschland zu richten, ferner sich die Gefahr des Zustandekommens einer reaktionären Diktatur vor Augen zu führen, die nicht nur den Versailler Vertrag gefährden könne, sondern auch die Gefahr eines nahen Revanchekrieges mit sich bringe. Herr de Margerie wird in dem Telegramme, das die französische Regierung an ihn richtete, beauftragt, Herrn Stresemann die Besorgnisse Poincarés in dieser Frage auseinandersetzen und gleichzeitig den Wunsch der französischen Regierung zu betonen, daß sich das republikanische Regime in Deutschland befestigen möge. Man erwartet, daß zwischen dem Berliner französischen Botschafter und dem deutschen Reichskanzler eine Aussprache stattfindet, über die Herr de Margerie in Paris Bericht erstatten wird.

*

Eine in später Nachtstunde durch Havas gemeldete offiziöse Erklärung bestätigt die „Temps"-Aeußerungen in den Einzelheiten.

*

Bis jetzt ist, wie wir hören, die französische Demarche noch nicht erfolgt. Entgegen der Kundgebung des Quai d'Orsay liegt selbstverständlich ein handgreiflicher Einmischungsversuch in die deutsche Innenpolitik vor. Die „Besorgnisse" der französischen Nachkriegsregierungen in bezug auf die Zusammensetzung der deutschen Regierung waren immer von dem Willen getragen, eine möglichst bedingungslose Erfüllungspolitik Deutschlands durchzusetzen. Der bevorstehende französische Schritt beschäftigt sich nur äußerlich mit „republikanischem Regime" und „Diktatur". Der Sinn und die Triebfeder des Pariser Beschlusses ist das Gefühl, daß die jetzige innenpolitische Entwicklung einer nach dem Kriege noch nicht dagewesenen Konzentration des Deutschen Nationalbewußtseins zudrängt. Es ist naheliegend, daß die französische Kritik ein Interesse daran hat, eine derartige Entwickelung möglichst zu stören...

Korge

Spezial-Sportkaufhaus Arthur Korge

BERLIN SW. 10548, Wilhelmstraße 107, Ecke Anhaltstraße, Nähe Anhalter Bahnhof. Zentrum 935.

Korge

Sportpelze, entzückende Damen-Pelzjacken. **Ledermäntel, Lederjacken,** feschste Modelle. **Fahr- und Reisemäntel,** das Neueste und Eleganteste!

Hochelegante Anzüge u. Wintermäntel, wirklicher Ersatz für Maßarbeit! **Bekleidung und Geräte für jeden Sport!** Spezialität: **Wintersportartikel! Lederhüte!** Neueste Modelle!

Regenmäntel! * Windjacken! Chauffeurlivreen, Autokappen Brillen, Handschuhe, Autopelzdecken, Fußsäcke Motorradkombinationen. Spezialität: Autobrücken und Picknick-Koffer.

Groß sortierte Wäscheabteilung! Koffer- und Reiseeffekten! Riesenauswahl! Solide Preise! **Schuhwaren!** Spez.: Sport-, Jagd- u. Wanderstiefel! Elegantes Straßenschuhwerk!

Korge

Sämtliche Artikel sind auch erhältlich zu Originalpreisen in unserer Verkaufsstelle bei den **Dürkoppwerken,** Berlin NW. 7, Unter den Linden 48/49.

Korge